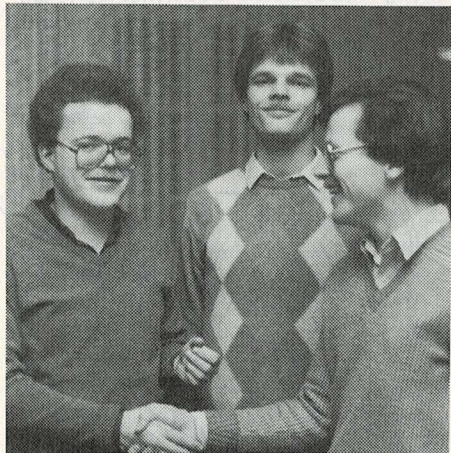


**Junge Union mit neuem Vorsitzenden.**



Das Bild zeigt von links: den neuen GM-Hütter JU-Vorsitzenden Manfred Motzek, den JU-Kreisvorsitzenden Heiner Fechtenkötter und den Ex-Vorsitzenden Franz-Josef Neumann.

**Weniger Menschen – längeres Leben**

Kinder, die jetzt geboren werden, können mit einem längeren Leben als ihre Eltern rechnen. Die Lebenserwartung der Neugeborenen liegt derzeit bei einem Mittelwert von 76,6 Jahren bei Mädchen und 69,9 bei Jungen. Die zu erwartende Lebensdauer hat sich damit innerhalb von acht Jahren um durchschnittlich 2,4 Jahre erhöht.

Die Statistiker führen das vor allem auf die zurückgehende Säulingssterblichkeit zurück. Sie hat sich in den letzten 5 Jahren von 15,4 auf 10,9 je 1000 Lebendgeborene im Jahr vermindert.

Aber: Von den 22,8 Millionen Familien in Westdeutschland hat mehr als die Hälfte keine Kinder! 57 Prozent der Familien mit Nachwuchs wiederum haben nur ein Kind!

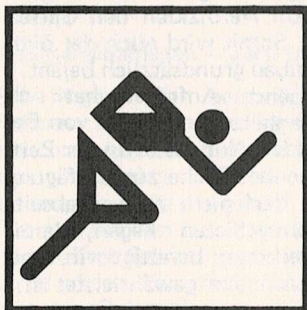
H. Köhnke

Auf einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung wählte die Junge Union GM-Hütte kürzlich Manfred Motzek zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Motzek, der 26 Jahre alt ist, trat damit die Nachfolge von Franz-Josef Neumann an, der dieses Amt seit 1981 innehatte und nun aus beruflichen Gründen nicht wieder kandidierte. Zuvor zog Neumann eine positive Bilanz der Arbeit des vergangenen Jahres. Dabei hob er besonders die Entwicklungspolitische Woche hervor, die in Verlauf und Resonanz die Bedeutung, die diesem Thema beikomme, widerspiegelt habe. Darüber hinaus konnte auch 1983 wieder das bewährte Zeltlager – mittlerweile zum 10. Male – durchgeführt werden. Die JU werde daran auch weiterhin festhalten, um ihr sozialpolitisches Engagement zu unterstreichen und einen aktiven Beitrag zum Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in GM-Hütte zu leisten.

Der neue Vorsitzende Manfred Motzek appellierte an die Versammlung, auch künftig das vorhandene Potential (inzwischen über 140 Mitglieder) für die praktische JU-Arbeit zu nutzen, die kontinuierlich weitergeführt werden solle.

Unser Tip: Lauf mal wieder!



(Aber in die richtige Richtung!)

Nr. 92

12. April 1984

Sie lesen in dieser Ausgabe:

- Seite 2: Besseres Ortsbild
- Seite 2: Lichtblicke
- Seite 3: „Junge Union Deutschlands“
- Seite 4: „Europapolitik ist Friedenspolitik“
- Seite 6: Leserbrief
- Seite 6: Kleingartenanlagen
- Seite 7: Gartentip
- Seite 8: Junge Union GMHütte
- Seite 8: Weniger Menschen - längeres Leben
- Seite 8: Unser Tip



Foto: Fr. W. Schneider

Das Steinbruchgelände in Alt-GMHütte mit Kreuzungsbereich Parkstraße – Hindenburgstraße – Haseldehnen.

## Besseres Ortsbild in Alt-Georgsmarienhütte

„– Steinbruchgelände/Kreuzungsbereich Parkstraße – Hindenburgstraße – Haseldehnen –“

Zu diesem Thema habe ich in der Ausgabe Nr. 86 vom 12. Juni 1982, sowie in der Ausgabe Nr. 88 vom 10. Februar 1983 entsprechend informiert.

Der interessierte Bürger hat sicher bemerkt, daß nunmehr Ende letzten Jahres auf dem Grundstück „Steinbruch“ ein Werbe- und Bauschild aufgestellt wurde. Daraus mögen Sie ersehen, daß sich zwischenzeitlich einiges in dieser Sache getan hat. Über den derzeitigen Stand möchte ich Sie informieren:

Das Grundstück wurde von der Stadt an die in Georgsmarienhütte ansässige Firma MBN Montagebau GmbH veräußert. Von der Stadt sind die entsprechenden Maßnahmen zur Verlegung des sich zur Stunde noch im Steinbruch befindlichen Bauhofes in das „Industriegebiet Osterheide“ eingeleitet.

Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um mit der Bebauung des Steinbruchgeländes im Herbst dieses Jahres beginnen zu können.

Laut Auskunft der Firma MBN Montagebau GmbH ist die Planung im vollem Gange.

Nach dem Terminplan ist vorgesehen, im Sommer den Bauantrag einzureichen und im Herbst mit den Bauarbeiten zu beginnen. Es ist beabsichtigt, das Projekt bis Herbst/Winter 1985 fertigzustellen.

Der Vorentwurf sieht zwei aufgelockerte gegliederte Baukörper in bis zu dreigeschossiger Bauweise vor. Im Erdgeschoß sind Verkaufsflächen, im 1. Obergeschoß Büroräume, Praxen und Wohnflächen, im 2. Obergeschoß und Dachgeschoß Wohnungen unterschiedlicher Größe geplant.

In diesem Zusammenhang hat der Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung u.a. über eine vernünftige Neugestaltung des Kreuzungsbereiches Parkstraße – Hindenburgstraße – Haseldehnen sowie über eine evtl. Verlegung der Bushaltestelle beraten.

Hier haben die Planungen bereits konkrete Formen angenommen.

Die verkehrsgerechte Planung, insbesondere die Sicherheit der kreuzenden Fußgänger und Radfahrer, wird dabei im Vordergrund stehen.

In einer der nächsten Ausgaben von „Stadt im Werden“ werde ich weiter über den Stand der Planungen in diesem Bereich berichten.

Willi Frische

### Lichtblicke für den Gemeindehaushalt 1984

Die Haushaltspläne der Stadt Georgsmarienhütte für die Jahre 1982 und 1983 endeten jeweils mit erheblichen Fehlbeträgen. Auch die Aussichten für 1984 waren düster. Die Wende ist zwar da, ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung jedoch nur in Ansätzen sichtbar.

Hinzu kommt die für unsere Stadt besonders schlechte Lage wegen der Stahlkrise (Klößner). Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß der Haushalt 1984, der in der letzten Ratsitzung vor Weihnachten verabschiedet wurde, nicht nur ausgeglichen, also ohne neuen Fehlbetrag aufgestellt werden konnte.

### Auch die Verluste der letzten Jahre konnten beseitigt werden.

Das ist ein erster Erfolg der sparsamen Haushaltspolitik der CDU-Fraktion. Nachlässigkeit ist jedoch nicht angebracht. Der Rotstift wird beim Zusammenstreichen erhöhter Ansätze und der Eindämmung mancher berechtigter Wünsche auch in Zukunft regieren müssen. Von den Aufsichtsbehörden sind wir – mit Recht – angewiesen, zunächst einmal alle möglichen Einnahmequellen auszuschöpfen. Erfreulich, daß das ohne Steuererhöhungen zu machen war; an kräftigen Gebührenordnungen

sind wir jedoch nicht vorbei gekommen, vor allem beim Wasser, beim Schmutzwasser und bei der Einführung einer Regenwassergebühr. Die ersten vorliegenden Gebührenbescheide zeigen es schmerzlich. Aber die Wassergewinnung wird immer teurer. Unsere Abhängigkeit vom Wasserbeschaffungsverband Osnabrück-Süd läßt uns bei der Wasserpreiskalkulation fast keinen Spielraum.

Der Abwasserpreis, der seit sehr vielen Jahren unverändert war, wurde wegen der erheblichen Investitionen bei der Kläranlage – notwendig aus Umweltschutzgründen – angehoben.

Eine Regenwassergebühr, die es in fast allen Nachbargemeinden schon gibt,

war wegen der Defizite beim Regenkanal erforderlich.

Der Schuldenstand wurde nicht erhöht, wenn man einmal von der Finanzierung der Kläranlage absieht. Diese Schulden kommen jedoch mit den Gebühren wieder herein.

Alles in allem läßt uns der Gesamthaushalt mit einem Volumen von über 70 Millionen DM zwar keinen Raum für große Sprünge, aber genug Hoffnung für eine weitere Gesundung unserer Finanzen und die stetige Weiterentwicklung unserer Stadt.

Ludwig Siepelmeyer  
Vors. d. Finanzausschusses

### „Junge Union Deutschlands“

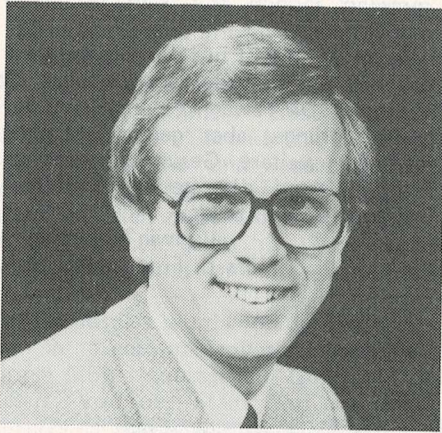


Die Junge Union Georgsmarienhütte (JU) verteilte vor Weihnachten den Erlös aus ihrem Getränkestand anlässlich der Oeseder Kirmes 1983. Ca. 2.000 DM wurden für Präsente an die drei GM-Hütter Altenheime aufgewendet, die jetzt zum Weihnachtsfest überreicht wurden. Die JU-Vertreter Franz-Josef Neumann und Michael Vogt (Bild) übergaben u.a. einen Radiorecorder an Schwester Ursula, Leiterin des Marienheimes im Stadtteil Alt-GM-Hütte. Der zweite Teil des Erlöses aus dem Kirmesstand in Höhe von ca. 3.100 DM ging an das Entwicklungshilfeprojekt „Stadt der Kinder“ in Simhoes Filho in Brasilien.

## „Europapolitik ist Friedenspolitik“

### Die Europawahlen am 17. Juni 1984 vorbereiten

von Dr. Hans-Gert Pöttering, Mitglied des Europäischen Parlaments



Am 17. Juni 1984 sind die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zum zweitenmal aufgerufen, in direkter Wahl ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen. Unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten Monaten ist es, den Bürgern deutlich zu machen: Europäische Einigungspolitik ist Friedenspolitik. Zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist der Friede die Bedingung für unser Zusammenleben. Heute ist es undenkbar, daß jemals wieder eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland sich ereignet, obwohl Kriege in den deutsch-französischen Beziehungen über Jahrhunderte die Regel waren. Auch eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Deutschland und den anderen Ländern der Gemeinschaft ist undenkbar. Mit Recht können wir daher heute sagen: Die Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa ist die eigentliche und wirksamste Friedensbewegung auf unserem Kontinent. Gerade der jungen Generation müssen wir immer wieder deutlich machen, welcher hoher Wert der Frieden zwischen den freien Ländern Europas darstellt.

Die junge Generation in unserem Lande hat gottlob kriegerische Auseinandersetzungen nicht erlebt. Umso wichtiger ist es, daß wir die jungen Menschen auch mit der europäischen Geschichte vertraut machen. Der Geschichtsunterricht an unseren Schulen muß daher wieder zu einem Schwerpunkt des Unterrichts werden. Nur wenn wir die Vergangenheit – mit ihren positiven und negativen Entwicklungen – kennen, können wir in eine gute gemeinsame Zukunft gehen. Unser Ziel muß es sein, bei der Wahl am 17. Juni eine hohe Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Die Vorbereitungen für die Europawahl kann die Europa-Union aber nicht alleine leisten. Die Hauptverantwortung liegt bei den Parteien. Deswegen fordern wir die Parteien in Niedersachsen erneut auf, die Europawahlen sehr ernst zu nehmen. Die Europa-Union erwartet von den Parteien in Niedersachsen, daß sie den Wahlkampf ebenso engagiert und intensiv führen, wie dieses bei Kommunalwahlen, Landtagswahlen oder Bundestagswahlen der Fall ist. Die Parteien dürfen die Europawahlen nicht mit „linker Hand“ führen. Eine hohe Wahlbeteiligung würde das Europäische Parlament stärken. Das Europäische Parlament ist heute das Organ der Gemeinschaft, das mit Leidenschaft und Engagement für die Politische Union Europas eintritt. Dieses hat eine kürzliche Debatte im Europäischen Parlament erneut bewiesen, nach der über einen Entwurf für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union abgestimmt wurde. Die große Mehrheit des Europäischen Parlaments tritt für die Europäische Union ein. Dieses bedeutet: Wir wollen, daß die Gemeinschaft handlungsfähig wird, daß in ihr Entscheidungen getroffen werden und daß die Gemeinschaft mit einer Stimme in der Welt auftritt. Wer die europäische Einigungspolitik wirklich voranbringen will, muß

dem Europäischen Parlament mehr Zuständigkeit geben. Eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl würde den Willen der Bürger deutlich machen, das Europäische Parlament mit immer mehr Entscheidungsvollmachten auszustatten. Gerade deswegen erwarten wir den ganzen Einsatz der demokratischen Parteien in Niedersachsen für diese Wahl.

Wir müssen denjenigen in Europa und in unserem Land begegnen, die zunehmend an Europa zweifeln oder sogar verzweifeln. Die Europäer in der Europäischen Gemeinschaft sollten selbstbewußter werden. Bei aller Notwendigkeit, den europäischen Einigungsprozeß zu beschleunigen, sollten wir doch das Erreichte nicht gering schätzen. Sicher haben Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer erwartet, daß im Jahre 1983 die Politische Union Europas längst verwirklicht wäre. Wir alle würden dieses wünschen. Leider sind die Realitäten anders. Aber gleichwohl müssen wir alle Energie darauf verwenden, auf die politische Union schrittweise zuzugehen. Die Europäische Gemeinschaft ist trotz ihrer Probleme gerade im wirtschaftlichen Bereich diejenige Region in der Welt, die relativ am besten dasteht. Mit einem Anteil von 6% an der Weltbevölkerung erwirtschaftet die Europäische Gemeinschaft einen Anteil an der Weltwirtschaftsleistung von 23,5%. Unsere gemeinsamen Weltwährungsreserven betragen 32%. Die Entwicklungshilfe der Länder der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft selbst beträgt zusammen 36% an der Weltentwicklungshilfe. Am Welthandel ist die Europäische Gemeinschaft mit 37% beteiligt. Diese Zahlen sollten dazu beitragen, daß wir Europäer unsere Selbstzweifel überwinden und entschlossen und mutig am Fortschritt in der Europäischen Gemeinschaft mitwirken. Entscheidend kommt es darauf an, daß unseren Bürgern auch die positiven Errungenschaften Europas vermittelt werden.

**DR. HANS-GERT PÖTTERING (CDU)**, gehört zu den jüngeren Abgeordneten des am 10. Juni 1979 gewählten Europäischen Parlaments. Im Ausschuß für Regionalpolitik und Raumordnung, der sich um die Entwicklung der strukturschwachen Gebiete in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bemüht, ist er Obmann für die Fraktion der Europäischen Volkspartei, (Christdemokraten).

In der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), arbeitet der niedersächsische CDU-Europaabgeordnete in der „Arbeitsgruppe jüngerer Abgeordneter“ sowie in der Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“ mit.

Dr. Hans-Gert Pöttering ist Mitglied im Politischen Büro der Europäischen Volkspartei sowie Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Osnabrück-Land und CDU-Bezirksvorstandes Osnabrück-Emsland. Dr. Pöttering ist Landesvorsitzender der Europa-Union in Niedersachsen. Weitere Stationen im Leben von Hans-Gert Pöttering:

Nach dem Abitur leistete er zwei Jahre Wehrdienst in der Bundeswehr, die er als Reserveleutnant verließ. 1968 begann er das Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an der Universität Bonn. 1969/70 Studium an der Universität Genf. 1971 folgte ein Studienaufenthalt an der Columbia-University in New-York. 1973: Erstes Juristisches Staatsexamen; 1974: Promotion in Politischer Wissenschaft und Geschichte. 1976: Zweites Juristisches Staatsexamen. Von 1976 – 1979 Mitarbeiter des CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

#### **Politisches Engagement:**

1968/69 Mitglied des Bonner Studentenparlaments, 1970 Vorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an der Universität Bonn. 1974 – 1976 Kreisvorsitzender der Jungen Union Osnabrück-Land. 1974 – 1980 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Bersenbrück. 1976 – 1980 Europapolitischer Sprecher der Jungen Union Niedersachsen.

Mit einer gewissen Resignation haben wir den Artikel „Musikschule“ in „Stadt im Werden“ zur Kenntnis genommen. Der Verein der Förderer der Musikschule Georgsmarienhütte hat sich in der Vergangenheit intensiv um eine vernünftige Konzeption der Kreismusikschule Osnabrück e.V. bemüht und hoffte, nach einem Informationsgespräch mit Vertretern der CDU-Fraktion Mitte des Jahres, auf der politischen Ebene etwas in Bewegung gebracht zu haben. Aber anscheinend verfügen einige Ratsherren über umfassende Sachkenntnisse auf allen Gebieten, so daß auf weitere Gespräche verzichtet wurde. So bleibt uns nur übrig nachzuweisen, daß es zumindestens versäumt wurde, mit dem vorhandenen Zahlenmaterial ein wenig zu rechnen.

Zur Erinnerung: In der ehemaligen Musikschule Georgsmarienhütte betrug der Zuschuß zuletzt 186,44 DM pro Schüler.

In der Kreismusikschule mußte der Steuerzahler für jeden Schüler zuletzt 465,22 DM berappen. Dieser Zuschuß soll auf 332,50 DM gesenkt werden, noch immer 78% mehr als der letzte Georgsmarienhütter Zuschuß. Dies soll in erster Linie durch den Abbau sogenannter übertariflicher Bezahlungen der Lehrkräfte erfolgen. Sollten die von den Lehrkräften angerufenen Gerichte tatsächlich dem Kreis rechtgeben, gäbe das eine Einsparung von sage und schreibe 37,00 DM pro Schüler. Um auf die angestrebte Ziffer von 332,50 DM zu kommen, wurde das Schulgeld um bis zu 20% erhöht und dadurch der Zuschuß pro Schüler um weitere 60,- DM gesenkt. Wie die restlichen 35,70 DM eingespart werden sollen, verschweigt die Verfasserin Ihres Artikels.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß ein führendes Ratsmitglied beim o.e. Informationsgespräch dezidiert zum Ausdruck brachte, daß Georgsmarienhütte eine Gebührenerhöhung nicht zulassen werde. Was Ihre Kollegen im Rat bei der Gebührenerhöhung weiterhin

unberücksichtigt ließen ist, daß z.B. in der musikalischen Früherziehung von Januar 1982 bis Januar 1984 die Gebühren um 50% erhöht wurden und das in einer Zeit mit sinkenden Real-Einkommen.

So stehen heute Gebührenerinnahmen von 4.320,00 DM (bei Gruppengröße 12) Personalkosten in Höhe von 2.000,00 DM gegenüber. Wo bleiben die restlichen 2.320,00 DM und der vielgepriesene öffentliche Zuschuß?

Dann noch von sozialen Aspekten zu sprechen, ist mehr als überraschend.

Auch scheint es unbekannt zu sein, daß der Gitarrenunterricht an der Kreismusikschule das Neunfache des Gitarrenunterrichts an der Volkshochschule Osnabrück kostet.

Die Folge ist jetzt schon zu bemerken: Die Schülerzahlen in den Großgruppen und Gitarrenkursen sind erheblich zurückgegangen. Das bedeutet sinkende Einnahmen bei gleichbleibenden Personal- und Sachkosten.

Haben da nicht Ihre Vertreter ihre Sachkenntnisse überschätzt?

Verein der  
FÖRDERER DER MUSIKSCHULE  
Georgsmarienhütte e.V.  
Karlstraße 4, 4504 Georgsmarienhütte  
Prof Dr. R. Vogt

Anmerkung:  
Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

### Kleingartenanlagen — auch in GMHütte!

Seit längerer Zeit beschäftigen sich die Ratsausschüsse, besonders der Umweltausschuß, mit der Schaffung von Dauerkleingartenanlagen. Auch unter der Bezeichnung 'Schrebergärten' kennen wir fast alle aus den Randgebieten der Großstädte diese Gebiete, die zugleich als Grüngürtel vielen Menschen in den Sommermonaten Gelegenheit zum Aufenthalt im Grünen, zu Gartenarbeit und sinnvoller Freizeitgestaltung bieten.

Was ist nun ein Kleingarten? Mehr als ein Stück Grabeland, wie wir es auch in GMHütte an vielen Stellen kennen, auf dem einjährige Pflanzen und Gemüse gezogen werden, im Winter jedoch von der Sommerpracht nichts mehr zu sehen ist. Zu einem Kleingarten gehören eine Einzäunung, Bäume und Büsche, und nicht zuletzt die Gartenlaube, die 4-6 Personen Platz bieten sollte. Kleingärten liegen nicht einzeln, sondern bilden im Verein mit Nachbarn eine Kleingartenanlage.

1/5 einer Dauerkleingartenanlage sollte als öffentliche Grünfläche ausgewiesen werden, die von den Kleingärtnern mitgepflegt wird und allen Bürgern offensteht. Dauerkleingartenanlagen müssen als solche im Flächennutzungsplan einer Stadt ausgewiesen werden, da ihre Nutzung über Jahrzehnte festliegt. Sonst würde sich auch für den Kleingärtner die erhebliche Investition nicht lohnen. Denn allein für die 'Laube' muß man ca. 6.000 DM aufwenden, obgleich man durch Eigenarbeit einiges sparen kann. Für jeweils 4 Gärten muß auch eine Wasserzapfstelle vorhanden sein; für Kochzwecke reicht Butangas. Eine Versorgung mit elektrischen Strom ist nicht vorgesehen. Tiere dürfen in Kleingärten nicht gehalten werden — wegen der Geruchsbelästigung. Zwingend vorgeschrieben ist jedoch die Anlage eines Kompostplatzes. Durch das dem Boden Zuführen kompostierter Garten- und Küchenabfälle wird nicht nur die Bodenqualität verbessert, sondern auch Platz in der Mülltonne und Geld gespart. Die Bestrebungen der Kleingärtner gehen dahin, ohne Anwendung von Herbiziden den Garten zu bearbeiten. Somit wird auch der ökologische Gartenbau grundsätzlich bejaht. Auf entsprechende Anfragen hat sich in Georgsmarienhütte eine Reihe von Bewerbern gemeldet. Nun ist es an der Zeit, eine entsprechende Fläche zur Verfügung zu stellen. Sie darf nicht zu weit abseits von den Wohngebieten liegen, damit nicht zuviel Parkraum benötigt wird und die 'Kaffeekannennähe' gewährleistet ist.

Nachdem die Stadt die Außeneinzäunung und Einlaubung sowie das Anlegen der Wege bewirkt hat, kann das Gelände in

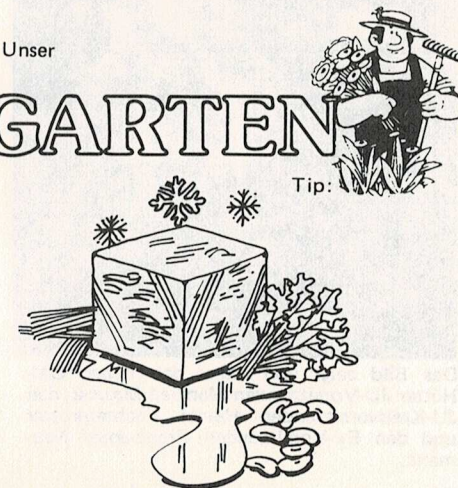
Form eines Generalpachtvertrages an einen noch zu bildenden Kleingartenverein verpachtet werden, der dann in Eigenregie die Unterverpachtung vornimmt und die Erschließung und Verwaltung des Geländes besorgt.

Es ist zu hoffen, daß sich der Verwirklichung eines ersten Dauerkleingartengeländes in unserer Stadt nicht unüberwindbare Hindernisse in den Weg stellen.

Theodor Elixmann

Unser

## GARTEN



Tip:

**Porree, Schnittlauch und Petersilie lassen sich kleingeschnitten gut in Würfeln konservieren**



**Zwiebeln, Knoblauch und Gewürze an einem trockenen, luftigen Platz aufhängen.**